

CHRISTINE SCHMARROW (SPD)

Wir leben in einer aufregenden Zeit. Reger Zweifel und ständiges Bemühen sind angebracht, um im politischen Denken und Handeln vernünftige Antworten auf alte und neue Fragen zu finden. Das gilt für alle Politikbereiche, so auch für die Frauenpolitik und die Bildungspolitik, das gilt auch für die Verknüpfung dieser beiden wichtigen politischen Handlungsfelder. Vernünftig sind aus meiner Sicht Antworten, in denen es gelingt, Wertorientierungen und politische Ziele in eine Balance mit der Realität zu bringen.

I. LEITMOTIVE: CHANCENGLEICHHEIT, DURCHLÄSSIGKEIT, MODERNITÄT

Ich werde im folgenden versuchen, einige Aspekte zu beschreiben, wo und wie frauenpolitische und bildungspolitische Anliegen sich treffen. Zum besseren Verständnis erscheint es mir notwendig, kurz den Hintergrund zu beleuchten, vor dem ich meine Thesen entwickle.

Meine Leitmotive in der Bildungspolitik sind nach wie vor Chancengleichheit und Durchlässigkeit, auch wenn dies heute fast schon unmodern ist, gepaart mit Modernität. Was in sozialdemokratischem Kontext unter Chancengleichheit und Durchlässigkeit zu verstehen ist, setze ich auch bei eventuellen Kritikern einer solchen Zielorientierung als bekannt voraus. Unter dem Begriff Modernität möchte ich eine Bildungspolitik bzw. ein Bildungswesen verstanden wissen, die pädagogisch, didaktisch und in den äußeren Strukturen zeitgemäß sind, d. h. Veränderungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht hinterherhinken, sondern mindestens auf der Höhe der Zeit sind, wenn nicht ein wenig vorausgehen.

Chancengleichheit und Modernität bedingen sich wechselseitig. Nur zwei Beispiele zur Begründung:

- Die statistische Kunstfigur des katholischen Arbeitermädchens vom Lande hat als Symbol der Bildungsbenachteiligung und der Chancengleichheit in den 60er Jahren eine wichtige Funktion gehabt. Heute muß eine chancengleichheitsorientierte Bildungspolitik die tiefgreifenden Veränderungen der Familienstrukturen und des Familienlebens,

der Erziehungsziele und der Erziehungsstile von Familien und der Sozialisationsbedingungen der Kinder ernstnehmen und aufnehmen.

Schicht- und geschlechtsspezifische Benachteiligungen gibt es trotz der unbestreitbaren Erfolge von Bildungsexpansion und Bildungsreform immer noch, aber sie werden, wenn vielleicht nicht überlagert, so doch erkennbar ergänzt durch die Faktoren, die sich aus der Lage der modernen Familie ergeben. Die Sozialisations-, Erziehungs- und Familienforschung hat dieses Feld in den letzten Jahren verstärkt beleuchtet; die Praxis der Jugendhilfe liefert täglich Beispiele. Der 8. Jugendbericht der Bundesregierung geht griffig und treffend von der Pluralisierung der Lebenslagen und der Individualisierung von Lebensführungen und Lebensstilen aus.

- Die von außen an das Bildungswesen herangetragenen Anforderungen leiten sich in starkem Maße aus den Anforderungen der modernen Industriegesellschaft, des Arbeitsmarktes und des Beschäftigungssystems ab. Leistung, Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit werden gefordert; Bildung, Bildungsangebot und Qualifikationspotentiale sind Standortfaktoren für Unternehmensansiedlungen und im internationalen Wettbewerb von hoher Güte.

Inhaltlich wird das Anforderungsprofil an das Bildungswesen und seinen »Out-put« durch je fachliche Kompetenz als quasi selbstverständliche Komponente, vor allem aber durch sogenannte extrafunktionale Kompetenzen – Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, Fähigkeit zur rationalen Konfliktlösung, Kreativität etc. – beschrieben. Liest man Bildungskonzepte von Unternehmerseite, so haben sie heute mehr Ähnlichkeit mit den Konzepten der Reformpädagogik und der Gesamtschulbewegung als mit einer eher konservativ geprägten Bildungspolitik.

Die Interdependenzen zwischen Chancengleichheit und Modernität sind heute noch offensichtlicher, als sie es vor 30 Jahren hätten sein können. Ein Bildungswesen, in dem Mädchen und Jungen gleichermaßen chancengleichheitsorientiert und modern erzogen und unterrichtet werden, ist außerdem demokratisch und demokratiestabilisierend – wirklich kein unwichtiger Aspekt.

Meine konkreten Erfahrungen und Meinungen zur Verknüpfung von Frauenpolitik und Bildungspolitik gründen in meiner Biographie, die dadurch geprägt ist, daß ich als Mädchen und junge Frau die generations-spezifischen Möglichkeiten des dritten und vierten Bildungsweges inten-

siv genutzt habe, weil mir der erste Bildungsweg versperrt war; sie gründen in meinen Erfahrungen aus zehnjähriger Tätigkeit im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft als Referatsleiterin, zuständig im Bereich der Bildungsplanung für den Abbau von Benachteiligungen; sie gründen in einer über zwanzigjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit als sozialdemokratische Frauen- und Bildungspolitikerin; und sie gründen in meiner jetzt achtjährigen Arbeit als hauptamtliche Dezernentin auf kommunaler Ebene in Kassel, zuständig für Bildung und Jugend.

Keine hinreichend soliden Erfahrungen und Kenntnisse habe ich in bezug auf die Situation der neuen östlichen Bundesländer. Anlesbare Pseudo-Kenntnisse, denen man die Art der Aneignung anmerkt, sind mir suspekt. Deshalb beziehen sich meine Thesen auf die Situation in den alten westlichen Bundesländern. Im Dialog wäre auszuloten, inwieweit sie für die Gestaltung einer frauenpolitisch inspirierten Bildungspolitik bzw. einer bildungspolitisch inspirierten Frauenpolitik im gemeinsamen Deutschland Bestand hätten.

II. GLEICHE CHANCEN FÜR MÄDCHEN UND FRAUEN IM BILDUNGSWESEN – IST DAS HEUTE NOCH EIN THEMA?

Ausweislich der Bildungsstatistik haben sich die weiblichen Anteile an allen Absolventengruppen der Sekundarstufen I und II, der beruflichen Bildung und der Hochschulausbildung erkennbar verbessert. Die gegenwärtige und zukünftige Aufgabe heißt: das Erreichte sichern und weiter ausbauen. Ginge es nur um die Quantität, könnte man nicht völlig, aber doch ziemlich zufrieden sein.

Zu fragen ist jedoch, ob die verbesserte Bildungsbeteiligung von Mädchen und Frauen von inhaltlichen Veränderungen begleitet wurde, die das Spannungsverhältnis zwischen Gleichberechtigung und Geschlechterdifferenz pädagogisch aufgenommen haben?

Zu fragen ist weiter, ob Frauen durch ihre verbesserte Bildungsbeteiligung ein höheres Maß an Gleichberechtigung im beruflichen Leben durchsetzen konnten. Diese Fragen zu stellen heißt, sie trotz aller Erfolge eher mit Skepsis beantworten zu wollen.

Die in den 60er Jahren auf breiter Basis und relativ geräuschlos eingeführte Koedukation kann als großes bildungspolitisches Projekt auch heute noch nicht als abgeschlossen gelten. Denn Koedukation muß mehr sein als die gemeinsame und gleichzeitige Erziehung und Unterrichtung von Mädchen und Jungen in einem Raum.

Empirische Untersuchungen von Frauenforscherinnen belegen im Sinne einer wissenschaftlich fundierten Koedukationskritik, daß Jungen im Unterrichtsgeschehen mehr gefördert und unterstützt werden als Mädchen. Damit ist nicht nur der Bereich der kognitiven Leistungen gemeint, sondern vor allem auch die pädagogische Unterstützung der individuellen Entwicklung und des Selbstbewußtseins sowie die Förderung von Interessen im naturwissenschaftlich-mathematisch-technischen Bereich. Das Dominanzverhalten von Jungen, ihre tendenziell größere Disziplinlosigkeit und ihr stärker ausgeprägtes Interesse an Wettbewerb und Konkurrenz sind geeignet, ein Lernklima zu prägen, das Mädchen, deren Interessen mehr auf Kommunikation, Kooperation und Ausgleich gerichtet sind, eher blockiert; und sie beeinflussen deutlich das Maß an Aufmerksamkeit und Zuwendung, sei es auch im Tadel, das ihnen durch Lehrer und Lehrerinnen zuteil wird. Mädchen finden im Unterricht nach wie vor weniger Identifikationsmöglichkeiten; Schulbücher und Lehrmaterialien in allen Fächern vermitteln immer noch zu oft geschlechtsspezifisch einseitige Orientierungen. Je älter die Kinder, desto größer ist der Anteil der Männer an den Funktionsstellen in Schulen. In naturwissenschaftlich-technisch-mathematischen Fächern dominieren Lehrer, d. h. den Mädchen fehlt das weibliche Vorbild. Sexistische Verhaltensweisen sind in Schulen genauso verbreitet wie außerhalb von Schulen und werden genauso selten wahrgenommen und thematisiert.

Diese Koedukationskritik löste seinerzeit vor allem bei fortschrittlichen Bildungspolitikern heftige und stark abwehrende Reaktionen aus, die inzwischen allerdings auf der staatlichen, gesetzgeberischen Ebene produktiv gewendet werden konnten. So enthalten die Landesschulgesetze, die in den letzten Jahren neu gefaßt wurden, alle einen deutlichen Auftrag in Richtung auf eine pädagogisch ausgefüllte Koedukation.

Mit Gesetzen ist allerdings der Schulalltag noch nicht verändert, sondern der mögliche Rahmen abgesteckt. Entscheidend wird sein, ob es in der Praxis und in den Erziehungswissenschaften gelingt, eine Pädagogik der Koedukation zu entwickeln, wissenschaftlich zu fundieren und als Studiengegenstand wie als Lern- und Lehrprinzip in der Lehrerbildung zu verankern.

Der Mangel an wahrhaft koedukativer Praxis wird besonders augenfällig durch alle Studien belegt, die sich mit Beteiligung und Erfolg von Mädchen in naturwissenschaftlich-mathematisch-technischen Fächern sowie mit dem Berufswahl- und Studienwahlverhalten von jungen Frauen befassen.

Für den Grundschulbereich sind geschlechtsspezifische Unterschiede im Interesse und in den Leistungen beim Sachunterricht nicht nachweisbar. Die Differenz beginnt etwa ab Klasse 7/8 im Mittelstufenbereich. Ab hier sind überzufällig deutliche Unterschiede in Interesse und Leistung zwischen Jungen und Mädchen nachweisbar. Offenbar funktionieren in diesem Alter die traditionellen geschlechtsspezifischen Sozialisationsmechanismen über die Maßen gut, und offenbar wird in der Schule nicht hinreichend gegengesteuert. Folgerichtig sind aus dem Spektrum, aus dem heraus Mädchen ihre Berufswahlwünsche entwickeln, technische Berufe meist schon ausgeblendet. Sie richten sich nach wie vor überwiegend auf die sogenannten traditionellen Frauenberufe, die aus ihrer Sicht den Vorteil haben, daß sie sich tatsächlich oder vermeintlich im späteren Arbeitsalltag besser mit der Familienaufgabe verbinden lassen und – über den organisatorischen Aspekt hinaus – inhaltlich der traditionellen weiblichen Familienrolle – pflegen, dienen, organisieren etc. – näher sind. Der Nachteil dieser Berufswahlorientierung liegt darin, daß es sich überwiegend um niedriger bezahlte Tätigkeiten mit geringeren Aufstiegsmöglichkeiten handelt, die oftmals stark weisungs- und abhängigkeitsgebunden sind.

Verschwiegen werden darf allerdings nicht, daß die Unterrepräsentanz der Frauen in technischen Berufen nicht nur auf geschlechtsspezifischem Berufswahlverhalten beruht, sondern auch auf Art und Struktur des Ausbildungsplatzangebotes und der von jungen Frauen insoweit ganz realistisch eingeschätzten Arbeitsplatzmöglichkeiten.

Die ausgesprochen randständige Existenz von Frauen in technischen Berufen auf jedweder Ebene muß uns alle beunruhigen. Zwar wissen wir nicht genau, wie eine Technik, wie Technikpolitik und Technikgestaltung aussehen würden, wenn mehr Frauen daran mitwirken würden, aber neben dem allgemeinen Gleichstellungsargument ist wohl doch zu hoffen, daß es eine veränderte Technik, eine veränderte Technikgestaltung und ein anderes Technikverständnis wären.

Es wäre schon ein großer kultureller und humaner Fortschritt, wenn neben der erkenntnisleitenden männlichen Frage an die Technik »Wie funktioniert das?« gleichberechtigt die weibliche Frage »Wozu ist das gut?« stehen und angesichts der beherrschenden Bedeutung der Technik in unserer Gesellschaft die weitere Entwicklung mitbestimmen würde. Die Forderung nach einer wissenschaftlich fundierten Pädagogik und Praxis der Koedukation bezieht sich selbstverständlich nicht nur auf die Mädchenerziehung, sondern schließt die Jungenerziehung ein. So wie es –

zugespitzt und verkürzt gesagt – eines »Technikprogrammes« für Mädchen bedarf, so bedarf es eines »Sozialprogrammes« für Jungen. Gleiche Chancen für Mädchen und Frauen im Bildungswesen – das ist auch heute noch ein Thema, das in bezug auf eine koedukative Pädagogik der wissenschaftlichen und politischen Behandlung bedarf.

III. ANGEBOTE GANZTÄGIGER KINDERBETREUUNG UND -ERZIEHUNG

1. ... im Interesse der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie

Frauenpolitische Forderungen an eine zeitgemäße und den Anspruch der Frauen auf Gleichberechtigung ernstnehmende Bildungspolitik sind seit den 70er Jahren verknüpft mit der Forderung nach einem ausreichenden Angebot an ganztägiger Betreuung und Erziehung.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist trotz einiger weniger »neuer Väter« nach wie vor ein Thema der Frauen und Mütter. Die heutige Müttergeneration verfügt über einen Bildungsstatus, wie ihn keine Frauengeneration zuvor gehabt hat. Wenn die Frauen ihre Bildungserfolge in einigermaßen kontinuierliche Berufswege mit entsprechenden Karriere- und Einkommenschancen ummünzen können sollen, ist von der Kindertagesstätte an für eine verlässliche ergänzende außerfamiliale Betreuung und Erziehung der Kinder zu sorgen. Die daraus erwachsenden Anforderungen richten sich gleichermaßen an Jugendhilfe und Bildungspolitik. Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz in Verbindung mit dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz gehen hier den richtigen Weg, indem auf ein ausreichendes Betreuungs- und Erziehungsangebot für Kinder unter drei Jahren und über sechs Jahren verwiesen und der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für drei- bis sechsjährige Kinder verankert wird. Aus frauenpolitischer wie aus bildungspolitischer Sicht ist das Ziel richtig. Zu kritisieren ist allerdings, daß die Jugendhilfeträger und die Schulträger, also die Kommunen, mit der Finanzierung dieses Anspruches alleine gelassen werden.

Ist die Kindergartenzeit für die Eltern, vor allen Dingen für die Mütter, ja doch mit sehr verlässlichen Zeitstrukturen verbunden, so beginnt die eigentliche Katastrophe mit der Einschulung des Kindes, d. h. mit unregelmäßigen Schulzeiten, mit einem völlig unzureichenden Angebot an Ganztagsgrundschulen im öffentlichen Bereich; sie setzt sich im Mittelstufenbereich mit einem ebenso unzureichenden Angebot an ganztägigen Mittelstufenschulen fort. Im Unterschied zur Jugendhilfepolitik ist selbst auf der Normierungsebene das frauenpolitische Interesse an

einer zeitlich verlässlichen Ganztagschule bzw. an ganztagsschulähnlichen Angeboten in der Bildungspolitik generell nur unzureichend aufgegriffen.

Für den Kindergartenbereich ist der Anspruch auf eine Vollversorgung, d. h. für jedes Kind im Alter von drei bis sechs Jahren soll ein Kindergartenplatz vorgehalten werden, heute unumstritten. Die Finanzierungsfrage ist, wie gesagt, nach wie vor ungelöst. Für den Schulbereich weisen Untersuchungen aus, daß quer durch alle Schichten und durch alle Lebenssituationen eine hohe Nachfrage nach Ganztagsschulangeboten von der Grundschule an besteht. Es sind nicht nur die erwerbstätigen und/oder alleinerziehenden Mütter, die ein solches Angebot fordern.

Stand bis vor ungefähr zehn Jahren die Forderung nach mehr Ganztagschulen und ganztagsschulähnlichen Angeboten mit verlässlichen Zeitstrukturen im Interesse einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch unter dem Verdacht der gewollten Vergesellschaftung der Kinder und der Entfremdung der Kinder von der Familie, so erscheint diese Debatte heute völlig anachronistisch. Ein Blick in die Statistiken zeigt, daß es die »heile Familie« im traditionellen Sinne als Mehrheitssituation nicht mehr gibt. Die Familie hat sich im Verlaufe von nur einer Generation so grundlegend gewandelt wie kaum eine andere gesellschaftliche Institution.

Es ist geradezu paradox, daß fortschrittliche Frauenpolitik, die schon vor über zwanzig Jahren mehr Ganztagsschulangebote einforderte, damals aber an konservativen Vorbehalten und Vorurteilen, die nicht nur parteipolitisch festzumachen sind bzw., konkret gesagt, bis weit in die sozialdemokratische Partei hineinreichten, scheiterte, heute über alle parteipolitischen Grenzen hinweg Mehrheitsmeinung ist. Der gesellschaftliche Konsens in dieser Frage ist inzwischen vorhanden, aber es fehlen die finanziellen Ressourcen.

Für die Chancen neuer politischer Ansätze, deren Realisierung auch den Einsatz beträchtlicher Geldsummen verlangt, ist es immer günstig, wenn sich mehrere Interessen bündeln. Bezogen auf den dringend notwendigen Ausbau ganztägiger Angebote zur Erziehung und Betreuung von Kindern im schulischen Bereich stehen heute zwei Ziele gleichrangig nebeneinander:

- Das Ziel, die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie für Mütter und Väter von minderjährigen Kindern zu verbessern und
- das Ziel der bestmöglichen Erziehung von Kindern unter den heute vorfindlichen Sozialisationsbedingungen.

2. ... unter pädagogischen Gesichtspunkten

Neben dem Vereinbarkeitsziel soll im folgenden das pädagogische Ziel, das mit der Forderung nach mehr Ganztagschulen verbunden ist, noch ein wenig entfaltet werden.

Familienstrukturen, Lebensstile von Familien, Umweltbedingungen für das Aufwachsen von Kindern haben sich im Verlaufe von ein bis zwei Generationen markant verändert. Vieles, was früher im Familienverband erzieherisch geleistet wurde oder geleistet werden konnte, muß heute von gesellschaftlichen Institutionen übernommen werden. Diese Feststellung ist nicht wertend gemeint. »Früher« war keineswegs alles besser, man denke nur an die Ergebnisse autoritärer und patriarchaler Erziehung, aber es war anders. Und auf den Wandel muß politisch reagiert werden.

Wesentliche Merkmale der gewandelten Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern, Mädchen wie Jungen, und damit auch wesentliche Begründungen für den Ausbau von Ganztageseinrichtungen im Schulbereich sind: Immer mehr Kinder wachsen als Einzelkinder auf. Die Begegnung zwischen Jungen und Mädchen muß als soziale Geschwistererfahrung, ebenso wie die Gleichaltrigenbegegnung, durch außerfamiliale Institutionen hergestellt werden. Die Trennungs- und Scheidungshäufigkeit nimmt zu. Die Zahl der alleinerziehenden Elternteile, überwiegend Frauen, wächst. Auch Begegnungen von Kindern mit Erwachsenen im Eltern- und Großelternalter müssen durch außerfamiliale pädagogische Instanzen ergänzt werden. Interkulturelle Erziehung wie auch die Integration behinderter Kinder bedürfen des schulischen Rahmens. Die moderne Kleinfamilie kann viele soziale Erfahrungen, die für das Aufwachsen von Kindern wünschenswert sind, nicht mehr alleine vermitteln. Kinder brauchen Räume zum Aufwachsen. Angesichts beengter Wohnsituationen, fehlender oder unzureichender Spielmöglichkeiten in geschützter Umgebung, des Straßenverkehrs etc. brauchen sie Räume im wörtlichen Sinne; sie brauchen sie aber auch im übertragenen Sinne, denn Einzelkinder stehen mehr als Geschwisterkinder unter dem Druck, sich dem Leben der Erwachsenen anpassen zu müssen und sich oft über großen Leistungserwartungen der Eltern ausgesetzt zu sehen.

All diese aus der Kinder-, Jugend- und Familienforschung bekannten Sachverhalte sprechen neben dem Ziel der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie nachdrücklich für einen verstärkten Ausbau von Ganztagsschulangeboten. Ein pädagogisch modernes Ganztagsschulangebot käme Jungen und Mädchen vor dem Hintergrund veränderter Sozialisationsbedingungen gleichermaßen zugute, den Mädchen möglicherweise aber ganz besonders, weil bei einer aufgeschlossenen Ganztagschulpäd-

agogik mehr Zeit bliebe, sich der Interessen und der Förderung von Mädchen intensiver anzunehmen.

IV. FRAUEN- UND BILDUNGSPOLITIK – ABGEDRÄNGT IN DIE HINTEREN RÄNGE DER POLITISCHEN ARENA?

Das Bildungswesen ist bezogen auf die Pflichtschule, den Hochschulbereich, den Sektor der beruflichen Bildung in all seinen Facetten von Erstausbildung, Umschulung, Fort- und Weiterbildung ein großes und expandierendes Segment des Arbeitsmarktes. Frauen- und bildungspolitische Interessen verknüpfen sich auch bei der Frage, in welchem Maße Frauen bei diesen in der Regel gut bezahlten Arbeitsplätzen des Bildungsarbeitsmarktes vertreten sind. Die Befunde sind bekannt. Bei den Lehrkräften der allgemeinbildenden Schulen sind Frauen je nach Schulform überrepräsentiert (Grund- und Hauptschule, Sonderschule), unterrepräsentiert (Gymnasium) und relativ gleich vertreten (Realschule, Gesamtschule), insgesamt in den Führungspositionen jedoch stark unterrepräsentiert.

Im Bereich der beruflichen Bildung und der Hochschulausbildung sind Frauen als Lehrende nicht nur stark unterrepräsentiert, sondern bei den Hochschulprofessoren eklatant in der Minderheit. In der Erwachsenenbildung sind es mehrheitlich Männer, die die festen, gut dotierten Stellen inne haben; Frauen bleibt der Bereich der unständig auf Honorarbasis beschäftigten Kursleiterinnen oder befristet auf Zeit angestellten Mitarbeiterinnen. In der staatlichen und kommunalen Bildungsverwaltung stellt sich die Situation nicht viel anders dar.

Ich bin weit davon entfernt, mir von einem höheren Frauenanteil bei den Schulleitungsfunktionen und in der Bildungsverwaltung automatisch ein frauenfreundlicheres Bildungswesen zu versprechen. Die Weichen müssen politisch gestellt werden. Gleichwohl ist es ein Gebot der Gleichberechtigung, gerade und auch in diesem gesellschaftlich wichtigen Bereich den Frauenanteil, wie auch im Grund- und Sonderschulbereich aus pädagogischen Gründen den Männeranteil, zu erhöhen. Und die Hoffnung, daß durch mehr Frauen in Leitungspositionen Akzentuierungen zugunsten einer frauenfreundlicheren Bildungspolitik verschoben werden, lasse ich mir trotz eigener Skepsis nicht nehmen.

Fatal ist, daß oftmals geradezu händeringend Frauen in Ausschreibungen gesucht, aber nicht gefunden werden. Die Angst der Frauen vor dem Einstieg in die als eiskalt, unpersönlich und unpädagogisch empfundene

Welt der Bildungsverwaltung gegenüber der warmen, individuell zugewandten und pädagogisch praxisorientierten Welt der Schule, des Unterrichts und der Kurse steht dem entgegen. Eine solche Haltung kann und mag ich nicht akzeptieren. Wer für frauenbildungspolitische Forderungen eintritt, muß auch bereit sein, im Rahmen des eigenen Vermögens für Umsetzung und Durchsetzung zu sorgen.

Fortschrittliche Frauenpolitik in Deutschland muß am Beispiel der Bildungspolitik, wie auch am Beispiel aller anderen Politikbereiche, überdacht, in Teilen neu beschrieben und neu definiert werden. Manche Forderungen, die frauenpolitisch im westlichen Teil der vereinten Bundesrepublik bislang nicht durchgesetzt werden konnten, waren im östlichen Teil unseres Landes Selbstverständlichkeit, wenn auch aus ganz anderen Motiven. Dies gilt vor allem für das Angebot an außerfamiliärer Betreuung und Erziehung der Kinder im vorschulischen und schulischen Bereich. Das Zusammenwachsen bedarf einer großen Anstrengung in bezug auf die Bildungsinhalte, die Erziehungs- und Lernziele und die Erziehungs- und Unterrichtsstile, aber auch in bezug auf die äußeren Strukturen. Die Bildungspolitik steht auf Jahre noch vor großen Herausforderungen, was die Durchsetzung von Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen betrifft.

Diese Aufgabe wird nur zu bewältigen sein, wenn sich Frauen stärker als bisher einmischen, und in ihrer Rolle als Mütter wie auch als bildungspolitisch versierte Fachfrauen zu Wort melden.

Gegenwärtig muß man den Eindruck haben, daß sowohl die Frauenpolitik wie auch die Bildungspolitik, aber auch die Verknüpfung beider Bereiche in die hinteren Ränge der politisch wichtigen Themen abgedrängt worden sind. Die Tatsache, daß es heute in der SPD eine Quotenregelung, in vielen Bundesländern Frauenministerien, in sehr vielen Kommunen Gleichstellungsbeauftragte, in Hochschulen, öffentlichen Verwaltungsinstitutionen, im Medienbereich und in großen Betrieben Frauenbeauftragte gibt, ist ein großer Erfolg, aber kein Ersatz für einen ernsthaften gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskurs. Die Quote und die vielen »Stellen« dürfen nicht zur Domestizierung der Frauenforderungen führen, sondern müssen als institutioneller Rahmen und als Plattform dienen. Und irgendwann wird die Frauengeneration, die diese Strukturen erkämpft hat und sie heute noch wesentlich personell beherrscht, aus dem aktiven politischen und beruflichen Leben abtreten. Nicht erst dann, aber auf jeden Fall dann, stellt sich die Frage, was bleibt und was kommt danach. Wo ist die nachwachsende Frauengeneration, die den Faden aufnimmt?

Erhalt und Weiterentwicklung von erreichten Strukturen und Einsichten gelingen nur dann, wenn heute Sozialisations- und Bildungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen so gestaltet werden, daß Chancengleichheit und Gleichberechtigung selbstverständliche und integrale Elemente sind. Nicht nur in bezug auf die jüngere Vergangenheit und in bezug auf die Gegenwart des Zusammenwachsens ehemals zweier deutscher Staaten in einem vereinten Europa, sondern auch in bezug auf die Zukunft einer sozialstaatlichen, chancengleichheits- und gleichberechtigungsverpflichteten Gesellschaft muß das Thema der Verknüpfung von Frauen- und Bildungspolitik auf der politischen Tagesordnung bleiben.

Christine Schmarsow ist Mitglied des Magistrates der Stadt Kassel, zuständig für Jugend, Schule und kommunale Arbeitsförderung.